



Zur unmittelbaren Veröffentlichung 21.03.2023

Adrian Schlegel  
für Let's Walk Uganda  
Email: lwuganda@gmail.com  
Tel: +49 163 337 6965

## *Pressemitteilung*

### **Parlament stimmt gegen Menschenrechte**

In Uganda hat das Parlament das umstrittene "Anti-Homosexuality" Gesetz beschlossen. Mit der Einführung der Todesstrafe würde Uganda zu einem der feindlichsten Länder für queere Menschen weltweit.

**Kampala, Uganda:** Am Dienstag, 21. März hat das ugandische Parlament das umstrittene "Anti-Homosexualitätsgesetz" verabschiedet. Mit der Einführung der Todesstrafe verschärfen sich Menschenrechtsverletzungen gegenüber queeren Menschen in dem ostafrikanischen Land. Verschiedenen Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch zufolge stellt das Dokument gegenüber Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans-, Queer- und Intersexuelle Menschen (LGBTQI+) eines der feindlichsten Gesetze der Welt dar. Die Vorlage des Gesetzes, das nun nur noch vom ugandischen Präsidenten unterzeichnet werden muss, hat bereits zu einem starken Anstieg homophober Gewalt geführt. Organisationen der Zivilgesellschaft befürchten, dass die Repressionen in den kommenden Monaten noch zunehmen werden.

#### *Kaum Raum für die LGBTQI+-Gemeinschaft in Uganda*

Bereits seit Jahren ist die LGBTQI+ Gemeinschaft in Uganda Angriffen ausgesetzt. Nach Dokumentationen der internationalen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch wurden in den vergangenen Monaten queere Menschen vermehrt von Mobs angegriffen, aus Unterkünften vertrieben oder der Zugang zu Gesundheitsdiensten verweigert. Homophober Hass wird vor allem von regressiven religiösen Institutionen geschürt, insbesondere von konservativen anglikanischen und evangelikalen Kirchen, die größtenteils aus den USA finanziert werden. Gleichzeitig haben auch staatliche Einrichtungen zunehmend zu einem homophoben Umfeld beigetragen. In einem aktuellen Regierungsbericht wurde die Schließung von LGBTQI+ freundlichen Organisationen empfohlen. Die Unterdrückung der LGBTQI+-Gemeinschaft gipfelte am Dienstag in der Verabschiedung des "Anti-Homosexuality" Gesetzes im ugandischen Parlament.

#### *Das "Anti-Homosexuality" Gesetz*

In der Parlamentssitzung wurden die bisher im Gesetzentwurf vorgesehenen Repressionen bis hin zur Todesstrafe verschärft. Das verabschiedete "Anti-Homosexuality" Gesetz kriminalisiert gleichgeschlechtliche Beziehungen, Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Queers und Intersexuelle mit lebenslanger Haft. Das Gesetz verurteilt HIV-Infizierte zum Tode, wenn sie der Homosexualität überführt werden und stellt gleichgeschlechtliche Beziehungen zu einer Person mit einer Behinderung oder zu einer Person im fortgeschrittenen Alter ebenfalls unter Todesstrafe. Der Gesetzentwurf kriminalisiert darüber hinaus Verbündete

der LGBTQI+ Gemeinschaft. Die Bereitstellung von medizinischer Versorgung, Wohnraum, Rechtsberatung oder sogar queerfreundliche Äußerungen in den Medien können mit bis zu 10 Jahren Gefängnis bestraft werden. Auch Kinder, die an homosexuellen Handlungen beteiligt sind, werden nach dem Gesetzentwurf mit bis zu drei Jahren Haft bestraft. Die Darstellung von Homosexualität in den Medien soll zudem verfolgt werden. Im weltweiten Vergleich stellt der Gesetzentwurf damit eines der diskriminierendsten Rechtsdokumente gegenüber LGBTQI+ Menschen dar.

Während Homosexualität in Uganda bereits durch die bestehende Gesetzgebung kriminalisiert wird, stellt dieses Gesetz eine erhebliche Verschärfung dar. Nach Angaben der ugandischen Menschenrechtsorganisation "Let's Walk Uganda" hat die Verabschiedung des Gesetzes in den letzten Wochen homophobe Diskussionen in den Medien und mehrere Fälle von Mobgewalt ausgelöst. Sie gehen davon aus, dass das verabschiedete Gesetz die Diskriminierung weiter anheizen wird, und befürchten eine starke Zunahme der Verfolgung und eine noch nie dagewesene Vertreibung von Menschen. Sie hoffen zwar, dass das Gesetz vor dem Verfassungsgericht angefochten wird, aber schon seine Verabschiedung birgt Lebensgefahr für die ugandische LGBTQI+ Gemeinschaft. "Die Erfahrungen aus der vorläufigen Verabschiedung des verfassungswidrigen Anti-Homosexualitätsgesetzes 2013 zeigen, dass die LGBTQI+ Gemeinschaft nach der Verabschiedung des Gesetzes mit Massenverhaftungen, Polizeigewalt und Obdachlosigkeit konfrontiert sein wird", befürchtet Edward Mutebi, ugandischer Aktivist für queere Rechte. Er dokumentiert "fast täglich öffentliche Aufrufe zum Genozid an der LGBTQI+ Gemeinschaft" und behauptet, "dass das Leben vieler Menschen akut bedroht ist". Das Gesetz wird nun dem ugandischen Präsidenten Yoweri Museveni zur Unterschrift vorgelegt. Ohne nationale und internationale Proteste wird erwartet, dass das Gesetz in den kommenden Wochen in Kraft treten wird.

### **Stimmen:**

*"Jeder einzelne Staat hat die Verantwortung, seine Bevölkerung vor Genoziden, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Diese Verantwortung beinhaltet die Verhinderung solcher Verbrechen, einschließlich ihrer Anstachelung durch geeignete und notwendige Mittel. Ich schließe mich deswegen den Bedenken gegen das "Anti-Homosexuality" Gesetz 2023 an. Der Zeitpunkt der Verabschiedung ist strategisch gewählt und die darin definierten Straftatbestände sind sowieso von geltendem Recht erfüllt",* so Dr. Lina Zedriga Waru, Sekretärin des ugandischen Nationalen Komitees für die Verhütung und Bestrafung von Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und allen Formen der Diskriminierung und Vizepräsidentin der Oppositionspartei National Unity Platform.

*"Die Verabschiedung des Gesetzes ist als ein unmenschlicher Akt zu verurteilen. Die internationale Gemeinschaft muss schnell und gemeinsam handeln, damit das Gesetz nicht in Kraft tritt. Sie muss sich aber auch auf den schlimmsten Fall vorbereiten: Regierungen und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen bestehende LGBTQI+ Community-Organisationen in Uganda unterstützen und legale Möglichkeiten zur sicheren Flucht für Menschen in akuter Gefahr schaffen",* fordert Edward Mutebi, Menschenrechtsaktivist, Gründer der Gemeinschaftsorganisation Let's Walk Uganda und Gründungsmitglied des Schriftstellerverbandes PEN Berlin.

## Über Let's Walk Uganda

Let's Walk Uganda ist eine LGBTQI+ Menschenrechtsorganisation in Kampala, Uganda. Die Organisation ist dafür bekannt, die erste sichere Unterkunft für obdachlose LGBTQI+ Personen in Uganda einzurichten. Gemeinsam mit anderen Menschenrechtsorganisationen setzt sie sich für grundlegende Rechte für die LGBTQI+-Gemeinschaft in Uganda ein.

## Kontakt

Email: [lwuganda@gmail.com](mailto:lwuganda@gmail.com)

Website: [www.lwuganda.org](http://www.lwuganda.org)

Twitter: @LWUGANDA

Facebook: @Let's Walk Uganda

Instagram: @Let's Walk Uganda

